

Verehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Fachkolleginnen und Fachkollegen,

die Bundesrepublik Deutschland hat maßgebend am Zustandekommen des Pariser Weltklimaabkommens im Dezember 2015 mitgewirkt. Bundestag und Bundesrat ratifizierten mit Einstimmigkeit im September 2016 das Pariser Abkommen.

*Klimaziele der Einzelstaaten sind scheinbar frei wählbar, aber das übergreifende Ziel ist nach Art. 2 des Paris-Abkommens **völkerrechtlich verbindlich**:*

▪ globalen Anstieg auf $\Delta T \leq 2K$, besser auf $\Delta T_{max} \approx 1,5K$!!! beschränken

Was ist in den fast vier Jahren seitdem passiert? Eigentlich nicht viel, denn die deutschen Klimaziele für 2020 werden voll verfehlt. Das lange notwendige **Klimaschutzgesetz** wurde von den Regierungskoalitionen, jeweils Union-SPD, abgebügelt. Ja, besonders die Unionspolitiker*innen verhielten sich so, als wenn das Pariser Weltklimaabkommen gar nicht existierte. Wahrscheinlich war denen der Inhalt kaum bekannt.

Sachsens Regierung stellte sich an die Spitze der Energiewendegegner und schwor sich auf Braunkohleabbau und Braunkohleverstromung ohne jeden Endtermin ein. Die SPD als kleinerer Koalitionspartner wich in dieser Strategie der CDU nicht von der Seite. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) blieb auf der Strecke, obwohl der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD diesbezüglich sehr hoffnungsvoll aussah.

Behinderungen, Blockaden, bis hin zu finalen Verhinderungen gibt es bei allen regenerativen Energieträgern. Schwerpunkt ist und bleibt allerdings die Windenergie. Hier wachsen die Bürgerinitiativen (BI) wie die Pilze aus dem Boden und werden fürsorglich in den Schoß der Genehmigungsbehörden aufgenommen. Bürgerinitiativen vertreten niemals gesellschaftlich bedeutsame Interessen, sondern ausschließlich ihre Partikularinteressen und das unter dem Deckmantel eines demokratischen Anspruchsrechtes.

In der früheren sächsischen Monarchie gab es einen Kurfürsten. Im heutigen Freistaat Sachsen regieren zehn „Kurfürsten“ die Landkreise. Basierend auf einer vom Landtag verordneten Direktwahl, können diese dann sieben Jahre lang schalten und walten, fast wie sie es wollen.

Landräte der Braunkohlegebiete stehen fest zur Kohle, und gemeinsam stehen alle gegen die Windenergie. Hier muss doch etwas nicht stimmen, denn die Pariser Klimaziele sind nur durch den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zu schaffen.

In den vier sächsischen Regionalen Planungsverbänden (RPV) sind die Landräte – vom Gesetzgeber so gewollt – fest verankert und haben ausschließlich das Sagen. Obwohl in den Verbandsgeschäftsstellen durchaus befähigte Mitarbeiter*innen tätig sind, ziehen sich die Fortschreibungen zu den Regionalplänen Windenergie über Jahre ohne Ergebnisse hin.

Aufgrund dieser unmöglichen verwaltungsjuristischen Konstruktionen, ist es den Landräten erfolgreich gelungen, den Ausbau der Windenergie in Sachsen soweit zu behindern, dass Sachsen unter den Flächenländern nur die 12. Position einnimmt. Nach Sachsen rangieren nur das Saarland sowie die drei Stadtstaaten, deren Vergleichbarkeit, wegen deren geringer

Größe, mit Sachsen entfällt. Sächsische Landräte unterlaufen indirekt die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und dürfen dafür auf volle Straffreiheit bauen. Aus meiner Autorensicht hebeln die Landräte den demokratischen Rechtsstaat aus.

Für den neugewählten sächsischen Landtag leiten sich dringend notwendige Gesetzesveränderungen ab. Zum Beispiel: Mit Beginn der Arbeitsfähigkeit der neuen Regierung muss der Landtag ein [**wirksames**] **Klimaschutzgesetz** verabschieden, indem die regenerativen Energie-technologien ohne Einschränkung den Vorrang erhalten. Bremsen, Behindern, Blockieren, ja Ablehnung von Projekten unter fadenscheinigen Begründungen müssen sich mit Sanktionen im Strafgesetzbuch wiederfinden.

Unterstützung erhält die gesamte Klimaschutzbranche durch die globalen und nationalen Aktionen „**Fridays for Future**“. Am 20. September 2019 streikten in Deutschland rund 1,4 Millionen Schüler*innen, Studierende für Klimaschutz und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Erfreulich, dass neben der Wissenschaft „**Scientists for Future**“ sich auch zahlreiche Erwachsene den Klimaprotesten angeschlossen haben.

Es sollten sich keine Zweifel einstellen, denn ohne die Klimaprotestaktionen der schwedischen Schülerin Greta Thunberg würde die Politik, weder in Deutschland, noch in Europa mit ersten zaghaften Reaktionen zum Klimaschutz aufwarten. Haben sich die meisten Politiker*innen von Verunglimpfungen der jeweils freitags Streikenden verabschiedet, so treffen Greta Thunberg nach wie vor Verunglimpfungen und Beleidigungen übelster Art: So bezeichnete ein Berliner Meteorologe am 20.09.2019 auf der Website von EIKE e.V. die junge Frau als „**aspergersyndromisiertes Kind**“.

Am selben Tag der großen Klimademonstrationen veröffentlichte das Berliner Klimakabinett den Klimaplan für Deutschland. Trotz zwanzig-stündigen Verhandlungsmarathons, brachte das Klimakabinett nur magere Ausbeute. Kein Wunder, dass die Kritik aus Parteien und Verbänden nicht lange auf sich warten ließ.

Fast war es zu erwarten, dass sich der sächsische Ministerpräsident zu Wort meldete. Kretschmer (CDU) zum Klimapaket: "**Das sind sehr rabiate Maßnahmen**". Ob „Klimaleugner“ oder „Klimaignorant“ lässt sich schwer sagen. Auf jeden Fall wird sich die mögliche Regierungsbildung aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD in Sachsen nicht einfach gestalten.

Bei den verbindlichen EE-Zahlen zeichnet sich über die Jahre gesehen, ein leichter Fortschritt ab. Leider ist dieser Fortschritt meilenweit von den klimabedingten Notwendigkeiten entfernt. Vor allem in der Windenergie gelang es uns nicht die jahrelange Stagnation zu beenden. Die recherchierten Zahlen und Grafiken geben die unbestreitbaren Fakten wieder.

Sachsen steht in Klima- und Energiefragen ganz weit hinten, weil die politisch Verantwortlichen das Pariser Klimaabkommen ignorieren oder nicht kennen (**nicht kennen wollen**). 2018 gab es einen Vorgeschmack auf die Klimazukunft, und dieser wiederholte sich 2019 gleich noch einmal mit wiederum neuen Wetterrekorden.